



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Heiner Garg (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerpräsident

Rechtsberatung der Landesregierung im Rahmen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses - Nachfrage zu Drucksache 18/3528

1. Steht die Rückzahlung der zinslosen Darlehen unter bestimmten Bedingungen? Wenn ja, unter welchen? Wenn nein, wann wird die Rückzahlung der Darlehen fällig?

Antwort:

Die zinslosen Darlehen stehen seitens des Landes unter dem Vorbehalt einer Rückforderung, sofern das Untersuchungsverfahren nach der Bewertung der Landesregierung ein erhebliches Fehlverhalten ergeben sollte. Ist dies nicht der Fall, erfolgt nach Abschluss des Verfahrens die Umwandlung in einen Zuschuss, Erstattungsansprüche gegen Dritte - z.B. nach § 27 Abs. 3 UAG - sind in diesem Fall einzubeziehen.

Die Gewährung von Rechtsschutz ist ein Ausdruck der Fürsorge des Dienstherrn für Landesbedienstete, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie Ministerinnen und Minister, die im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben in den Fokus eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses geraten. Grundlage bilden die Beschlüsse der Landesregierungen aus den Jahren 2002 und 2009.

2. Wie viel Honorar kostete das Gutachten zur Rekonstruktion und Analyse der Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen gem. § 45 SGB VIII (Heimaufsicht) durch das Sozialministerium Schleswig-Holstein für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Friesenhof vom 1. Oktober 1999 bis zum 11. Juni 2015?

Antwort:

8.368,50 €

3. Gehört der in den Kieler Nachrichten vom 27. Oktober 2015 genannte abgeordnete Staatsanwalt zur hausinternen Task Force im Sozialministerium? Wenn nein, welche Aufgaben hat er im Sozialministerium und in welcher Weise ist er an der Begleitung des ersten parlamentarischen Untersuchungsausschusses beteiligt?

Antwort:

Staatsanwalt Dr. Marlie koordiniert die hausinterne Task Force. Darüber hinaus ist er für das MSGWG als Beauftragter und Rechtsberater an der Begleitung des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beteiligt.